
Medienmitteilung der SVP Aargau

Nein – auch nicht in Koblenz!

Anstelle das Problem endlich richtig anzugehen und durch konsequentes Durchgreifen falsche Asylanten abzuschrecken, will der Regierungsrat wieder in einer kleinen Ortschaft, diesmal in Koblenz, 70 Asylbewerber unterbringen.

Zuerst überwiesenen SVP-Vorstoss zur Internierung umsetzen!

Bevor weiter nur Symptome bekämpft werden, soll die Regierung den vom Grossen Rat überwiesenen Vorstoss umsetzen. Leider versteckt sich die Regierung hinter vorgeschobenen, unbegründeten juristischen Bedenken.

Die Internierung ist rechtlich auf mindestens drei Wegen möglich:

Erstens: Straffällige Asylbewerber konsequent in U-Haft nehmen und auch nach einer Verurteilung wegen der offensichtlich hohen Rückfallgefahr inhaftieren. Die Justiz und das Migrationsamt sollen eine härtere Gangart gegenüber straffälligen und abgewiesenen Asylbewerbern einschlagen.

Zweitens: Vermehrt Eingrenzungen gegenüber Asylbewerbern aussprechen. Diese Form der Einschränkung der Bewegungsfreiheit ist rechtlich vorgesehen und wird in anderen Kantonen viel mehr praktiziert als im Aargau. Mit etwas gutem Willen könnte man das Gebiet auch auf ein Lager eingrenzen.

Drittens: Der Regierungsrat könnte eine zusätzliche rechtliche Grundlage schaffen bzw. dem Grossen Rat unterbreiten. Wenn der Bund hier nicht handelt, müssen wir es eben selber tun.

Konsequent durchgreifen

Die SVP will, dass endlich konsequent durchgegriffen wird. Der Ball liegt eindeutig bei der Regierung. Anstelle ihre Arbeitsverweigerung mit unter dem Fei-

Schweizerische Volkspartei
Aargau

SVP AARGAU

Gässli 4, 5603 Staufen
Tel. 062 823 73 70, Fax 062 823 73 71
info@svp-ag.ch, www.svp-ag.ch
PC-Kto. 50-1650-3



genblatt „Crime-stop“ zu verdecken sollte sie im Interesse der Bevölkerung endlich handeln.

Menschenrechte gelten nicht nur für Kriminelle!

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Internierung von straffälligen Asylsuchenden werden immer wieder die Menschenrechte bemüht, welche ein Durchgreifen offenbar verhindern würden. Die SVP hält fest, dass auch die Aargauerinnen und Aargauer ein Recht haben – und zwar darauf, dass man sie vor Diebstählen, Einbrüchen, Vergewaltigungen und Morden schützt!

Staufen, 16. Oktober 2012

Weitere Auskünfte für Medienschaffende:

*Thomas Burgherr, Kantonalparteipräsident, Grossrat,
Wiliberg, 062 758 12 09, 079 344 80 27*